

An die Presse

im August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich wende mich jetzt an die Öffentlichkeit in Deutschland, weil wir keinen anderen Ausweg mehr sehen:

Ich, Albin Ockl, und meine Ehefrau sind Rentner der **Kriegsgeneration 1941**.
Siehe auch

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf>

Von Ground Zero zu Ground Zero: Staatliche UMTS-Auktion 2000 Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.

Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht,
höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**

**Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und
steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.**

Wir haben es geschafft,
aus einem zerstörten Deutschland 1945 vom Stande Null (Ground Zero)
eine vorzeigbare, professionelle Existenz mit Weltklasse-Höchstleistungen
aufzubauen,
**als Veranstalter der weltweit herausragenden Congressmessen über mehr
als 25 Jahre,
mit dem weltweit größten Congressangebot zu den
Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation.**

Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen
Bundesregierung vor 13 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000, wurde
**unser Lebenswerk zerstört, unsere Existenz-Grundlage vernichtet und mit
totaler Diskriminierung unserer Lebensleistung ein Comeback bis heute
verhindert.**

Jetzt sind unsere einstmals ansehnlichen Altersrücklagen aufgebraucht, wir
haben seit 2010 de facto
keine Krankenversicherung, **keine** Pflegeversicherung mehr,
können soziale und steuerliche Abgabenverpflichtungen nicht mehr erfüllen und
sind ausschließlich damit beschäftigt, kommunale und gerichtliche
Zwangsmassnahmen, Haftbefehle im Doppelpack, im Viererpack, periodische
Kontopfändungen, SCHUFA-Eintragungen, Bußgeldbescheide,
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Erzwingungshaftverfahren, abzuwehren,
hinzunehmen: Wir werden mit Zwangsvollstreckungssachen wie eine "Sau" durch
das Dorf getrieben.

Rechtstaatliche Verfahren auf Schadenersatz und Rehabilitierung werden uns verweigert.

**Das ist für uns, Kriegsgeneration 1941, der Super-GAU:
Ground Zero 2013 nach dem Ground Zero 1945.**

Professionelle Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum und Innovationseffizienz in Deutschland

Wir haben es geschafft,
aus einem zerstörten Deutschland 1945 vom Stande Null (Ground Zero)
eine vorzeigbare, professionelle Existenz mit Weltklasse-Höchstleistungen
aufzubauen,
**mit weltweit herausragenden Congressmessen über mehr als 25 Jahre,
mit dem weltweit größten Congressangebot zu den
Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation,**

Wir haben es geschafft,
Innovationswachstum und Innovationseffizienz in Deutschland zu realisieren und
damit jede Menge wettbewerbsfähige Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.

Ohne jede Subvention.

Ministerpräsidenten, Bundesminister, EU-Kommissare, Staatssekretäre ... haben
Einladungen zu Vorträgen immer wieder, mehrmals hintereinander, gerne
angenommen, ohne Honorare und Kostenerstattung und ohne Sylt- oder
Toskana-Sponsoring. Deutsche Bundesregierung hat in den letzten 4 Jahren fast
1 Mrd EUR für Berater ausgegeben. Ein Milliarden-Grab?

Über 27 Jahre haben die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

herausragende Leistungen für den Innovationstransfer in Deutschland erbracht
und exzellente Innovationseffizienz ermöglicht.

Über 1100 Congressbände der ONLINE & KOMMTECH ,

publiziert in weit über 100.000 Exemplaren,
stellen mit vielen hochqualifizierten Referatsdokumentationen
über ein Viertel Jahrhundert (seit 1976) lang in jährlichem Turnus
eine einmalige, zeitgeschichtliche Dokumentation
zur Entstehung und Entwicklung der ITK-Branche, mit der Telekommunikation als
Innovationstreiber.

Auf unseren Congressmessen:

Hochqualifizierte Sprecher aus Politik und Wirtschaft, aus Forschung und
Technik, aus Deutschland, Europa und Übersee, aus einer Zeitepoche bis zum
Jahr 2001, in der deutsche Telekommunikation Weltspitze gewesen ist, z.B.

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Informatiker der ersten Stunde,

auf der ONLINE 1980: "Die gegenwärtigen Veränderungen der
Kommunikationstechnik werden wahrscheinlich das menschliche
Zusammenleben und Zusammenarbeiten so tiefgreifend verändern wie einst die
Erfindung der Schrift oder des Buchdrucks." Diese tiefgreifenden Veränderungen
wurden zum Inhalt der Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH mit dem **weltweit größtem Congressangebot zu den
Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation.**

Dokumente weiterer Sprecher u.a.:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, auf der KOMMTECH 1988,

Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und später Thüringen auf der ONLINE 1985

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk auf der ONLINE 1987

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg auf der ONLINE 1987

Dr. Lutz G. Stavenhagen, Staatsminister im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH 1987

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auf der KOMMTECH 1988,

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE 1988

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen auf der ONLINE 1988

Björn Engholm, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein auf der ONLINE 1989

Alfred C. Partoll, Senior Vice President der AT & T , New Jersey/USA auf der ONLINE 1989

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg auf der ONLINE 1990

Dr.-Ing. Gunter Thielen, Vorstandsvorsitzender des Medienkonzerns Bertelsmann, 1990 Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG auf der ONLINE 1990

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft und Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH auf der ONLINE 1991

Gerhard Schröder, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und danach Bundeskanzler auf der ONLINE 1991

Jörg Rieder, Vorsitzender der Geschäftsführung der Digital Equipment GmbH auf der ONLINE 1992

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, auf der ONLINE 1993

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993

Gerhard O. Pfeffermann, Staatssekretär beim Bundesminister für Post und Telekommunikation auf der ONLINE 1994

Norbert Burger, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Köln auf der ONLINE 1994

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation auf der ONLINE 1995

Peer Steinbrück, Minister für Technik, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein auf der ONLINE 1995

Dr. Günter Rexrodt, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen auf der ONLINE 1996 und 1997

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

Dr. Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages auf der ONLINE 1997

Kurt van Haaren, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft und Präsident der Kommunikations-Internationale auf der ONLINE 1998

Klaus-Dieter Scheuerle, Gründungspräsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auf der ONLINE 1998

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999

Gerd Tenzer, Mitglied des Vorstands der Deutschen Telekom AG auf der ONLINE 1999

Chris Gent, Chief Executive Officer, Vodafone Airtouch, Newsbury / United Kingdom auf der ONLINE 2000

Matthias Kurth, Vizepräsident (anschließend Präsident) der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (später Bundesnetzagentur) auf der ONLINE 2001

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, auf der ONLINE 2001

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher unserer Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, für den Telekommunikationsvorsprung in Deutschland, Europa und weltweit, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, bis uns als verantwortlichen Veranstalter mit der

staatlichen UMTS-Auktion 2000

die Existenz-Grundlage entzogen wurde und bis heute mit totaler Diskriminierung Schadenersatz und Rehabilitation verweigert wird.

"8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 gantztägigen Symposien, also insgesamt **32 (4x8) gantztägige Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit zusätzlichen Workshop-Reihen der innovationsorientierten Aussteller und abschließenden, gantztägigen Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen "**Nationalen IT-Gipfel**" (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums mit **Gipfelrede der Bundeskanzlerin**) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Betroffenen und seiner Ehefrau.

Staatlicher Markteingriff der Monsterklasse: UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und verheerenden Folgewirkungen

Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor 13 Jahren, der UMTS-Auktion 2000, wurde unser Lebenswerk zerstört, unsere Existenz-Grundlage vernichtet und mit totaler Diskriminierung unserer Lebensleistung ein Comeback bis heute verhindert.

Jetzt sind unsere einstmals ansehnlichen Altersrücklagen, Lebensversicherungen und Kapitalrücklagen aufgebraucht, wir haben seit 2010 de facto **keine** Krankenversicherung, **keine** Pflegeversicherung mehr, können soziale und steuerliche Abgabenverpflichtungen nicht mehr erfüllen und sind ausschließlich damit beschäftigt, kommunale und gerichtliche Zwangsmassnahmen, Haftbefehle im Doppelpack, im Viererpack, periodische Kontopfändungen, SCHUFA-Eintragungen, Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Erzwingungshaftverfahren, abzuwehren, hinzunehmen: Wir werden mit Zwangsvollstreckungssachen wie eine "Sau" durch das Dorf getrieben. Rechtstaatliche Verfahren werden uns verweigert.

**Das ist für uns als Vertreter der Kriegsgeneration 1941 der
Ground Zero 2013 nach dem Ground Zero 1945.**

Rechtstaatliche Justiz ist im Grundgesetz festgelegt:

Art 20 (3) GG: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz **und** Recht gebunden." Es heißt **nicht**: Gesetz **oder** Recht. Das Recht auf Schadenersatz wird uns bis heute verweigert. Bei allen Hinweisen auf verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wird staatliche Verantwortung abgelehnt und die Geschädigten werden für die verheerenden Folgewirkungen zur Verantwortung gezogen und bestraft. Tatsache.

Staatliche Verantwortung für den UMTS-GAU aus 2000 längst geklärt: Massiver Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes, Justizirrtum bei der juristischen Bewertung, volle Staatshaftung ohne Wenn und Aber

Mit der spektakulären und folgenschweren UMTS-Auktion in 2000 wurden über **50 Mrd EUR** (in Europa 100 Mrd EUR) aus der ITK-Branche, noch dazu in einer Rezessionsphase, herausgepresst und mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer Versteigerung ein 25%-Loch im Bundeshaushalt 2000/2001 gestopft.

Wenn $\frac{1}{4}$ des Bundeshaushalts im Jahr 2000 mit der UMTS-Auktion der ITK-Branche, die nach einer Boom-Phase noch dazu in eine Rezessionsphase eingetreten war, entzogen wurde, so ist es eine **volkswirtschaftliche Binsenweisheit**, dass mit einer solchen Auktion verheerende Folgewirkungen in der ITK-Branche und darüber hinaus ausgelöst worden sind.

UMTS-GAU, Unternehmens-Genozid der Innovationselite, Schockwirkung auf Startup-Unternehmer, Justiz-Irrtum, massiver Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes

Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-GAU, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Die Betroffenen sind Augenzeuge und haben es vor Ort miterlebt, wie der innovative Mittelstand (auch New Economy genannt), **ihre Stammkunden**, die Stammkunden ihrer Congressmessen, mit diesem UMTS-GAU eliminiert wurde (**Unternehmens-Genozid**). Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten die Betroffenen landesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in ihrer Adressen-Datenbank. Dies ist auch mit Zeugenaussagen von ausführenden Mitarbeitern, ihres Steuerberaters und von der für sie tätigen Rechtsanwaltskanzlei beweisbar.

Nach dem UMTS-GAU war eine kostendeckende Durchführung der Congressmessen nicht mehr möglich. **Dementsprechend musste die Durchführung eingestellt werden.**

Mit der UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) wurde das Lebenswerk des Betroffenen zerstört und damit ihre Existenz-Grundlage vernichtet. Sie hatten nicht den Hauch einer Chance. Die verheerenden Folgewirkungen nahmen ihren Lauf und dauern jetzt **13 Jahre** an. Er und seine Ehefrau wurden um $2 \times (10 + X)$ Jahre, also inzwischen um 26 Jahre eines erfolgreichen Lebenswerks betrogen und bestohlen.

Warum **massiver Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes?**

Staatliche Regulierungsrechte sind nur zur Anwendung auf Verbrauchermärkte zulässig und sinnvoll. Mit dem UMTS-GAU wurde jedoch der Innovationsmarkt der deutschen ITK-Branche zerstört, die weltweite Spitzenstellung des europäischen Mobilfunks (GSM, 2G) vernichtet und das daraus resultierende Branchenwachstum nach USA und Fernost abgeschoben. Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 waren verheerend und dauern bis heute an.

Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.staatsverschuldung.de/umts2.htm>

Mit dem Auktionsergebnis wurde ¼ des Bundeshaushalts auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche, der sog. New Economy, finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit

über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 13 Jahren, mit katastrophalen Auswirkungen auf die gesamte Startup-Mentalität junger Unternehmer bis heute. **Die Schockwirkung auf Firmen-Neugründungen der gesamten Wirtschaft** (Maßstab für globale Wettbewerbsfähigkeit) ist bis heute nachhaltig:

In 2001: 1,6 Mio Neugründungen.

In 2012: 0,8 Mio Neugründungen mit Tendenz nach unten gemäß KfW-Gründungsmonitor Mai 2013.

Warum **Justizirrtum bei der juristischen Bewertung unseres Schadens?**

Unsere Congressmessen mit den dominierenden Congressen waren führend im Innovationsmarkt der ITK-Branche. Unsere Hauptkunden waren der innovationsorientierte Mittelstand und keine Verbraucher. Die Anwendung des Regulierungsrechtes in einem Innovationsmarkt mit internationalem Wettbewerb ist unsinnig, rechtswidrig, geschweige denn sozial verträglich. Das schlechteste Grundgesetz der Welt lässt die Zerstörung von Existenz-Grundlagen nicht zu. Selbst in Notstandssituationen gilt ein Recht auf angemessenen Schadenersatz.

Eine neue Lebenserfahrung im Rentenalter von 72 Jahren: Zurück zum Ground Zero

trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland.

Ganz Deutschland und Europa schauen zu:

Ausführlich informiert sind:

Der Deutsche Bundespräsident,
der Deutsche Bundestag,
die Deutsche Bundesregierung,
das Bundesverfassungsgericht (höchstrichterliche Entscheidungen sind aber nicht erreichbar),
EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte,
Sozialgerichte, Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte,
Amtsgerichte und Landgerichte.

In der Internet-Cloud nachlesbar:

Petition an den Deutschen Bundestag:

eröffnet mit einer Email-Aktion an Mitglieder des Deutschen Bundestags
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation,
Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
März 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Und fortgesetzt mit insgesamt über 50 Kapiteln

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Rechtsstaatlichkeit von Gerichtsverfahren ist im Grundgesetz definiert:

Die Gründungsväter des deutschen Grundgesetzes haben mit Artikel 01 bis 19 Grundrechte festgelegt, mit denen Verwaltungsübergriffe abzuwehren sind und mit Artikel 20 das Grundrecht zum Widerstand gegen **Verwaltungsübergriffe und tumben Missbrauch von Staatsgewalt festgelegt.**

Grundrechte sind nicht verhandelbar, sondern einfach nur zu respektieren, wie z.B.

Art 1 (1) GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art 1 (3) GG: Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Art 20 (3) GG: Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Art 20 (4) GG: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das **Recht zum Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Angeklagt, weil wir soziale und steuerliche Abgabeverpflichtungen nicht mehr erfüllen können.

Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht bis heute verweigert

Im Jahr 2010 sind die Altersrücklagen aufgebraucht. Wir erheben Anklage und werden angeklagt, weil wir soziale und steuerliche Abgabeverpflichtungen nicht mehr erfüllen können:

Als **Kläger und Beklagte bestehen wir auf unserem Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation.** Nach jahrelangen, intensiven Bemühungen um Wiederaufnahme unserer lebenslangen Arbeit mit herausragenden Arbeitsleistungen betreiben wir auf der Basis des Grundgesetzes die gerichtliche Durchsetzung unseres Rechtsanspruches auf Schadenersatz und Rehabilitation, bis heute chancenlos:

März 2011: **VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Köln / Berlin**

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

(Telekommunikation)

Albin Ockl (Kläger) gegen Bundesrepublik Deutschland, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation wurde mit juristischen Scheinargumenten abgewimmelt, Prozesskostenhilfe verweigert, Zulassung von Beweisen und Zeugen verweigert.

Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute **keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen, keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung, keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen, keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung**

Der Beklagte hat das **Recht auf ein faires Verfahren** (Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention): "Jede Person hat ein Recht darauf, dass über Streitigkeiten in bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen oder über eine gegen sie erhobene strafrechtliche Anklage von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird ..."

Wenn die Existenzgrundlage mit brachialer Gewalt staatlicher Eingriffe ad hoc entzogen wird und nicht die Spur einer Chance lässt, wenn der Beklagte seitdem durch Auflösung aller Altersrücklagen, aller Lebensversicherungen und von Immobilienbesitz laufende Kostenbelastungen einschließlich Kranken- und Pflegeversicherung tragen muss, wenn die Kreditmöglichkeiten längst überzogen sind, dann hat er **wenigstens Anspruch auf Prozesskostenhilfe**. Diese wird ihnen bis heute verweigert.

Bis heute werden von deutscher Justiz **keinerlei Beweise zugelassen**, obwohl **hervorragendes Beweismaterial** über das Veranstalterarchiv mit über 1100 Congressbänden zusätzlich zu Programmbroschüren und Congressmesse-Katalogen zur Verfügung steht.

Bis heute werden von deutscher Justiz **keinerlei Zeugen zugelassen**, obwohl **hervorragende Zeugen** aus einem umfangreichen und hochkarätigen Referentenschar einschließlich ehemaliger Bundesminister, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Staatsminister und Staatssekretäre, Präsidenten der Bundesnetz-Agentur u.a.m verfügbar wären.

Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung wird generell verweigert.

Oktober 2011:**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11**
gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung
(grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren)
im Umfeld verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, nachlesbar in
der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Dezember 2011 / Januar 2012: Nichtannahme zur Entscheidung ohne
Begründung.

Verfassungsbeschwerde

15.01.2013

[gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers](#)

im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht
auf ein faires Verfahren)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler
Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde

12.02.2013

Opfer der UMTS-Auktion 2000 jetzt auch

Opfer eines [Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht](#)

> > > Schriftsatz vom 12.02.2013 (Kapitel 15-22)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde

11.03.2013

[Vorwürfe der mehrfachen Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts](#)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler
Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik
Deutschland),

wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und
bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des
Beschwerdeführers

> > > Schriftsatz vom 11.03.2013 (Kapitel 23-28)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

April 2013: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

Um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können, sind die
Geschädigten auf rechtsstaatliche Gerichtsbeschlüsse mit Rechtsprechung nach
Gesetz und Recht angewiesen, in denen ihr Recht auf Schadenersatz und
Rehabilitierung respektiert wird. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf
folgende laufende Gerichtsverfahren, in denen Stundung von Sozial- und Steuer-
Abgaben aufgrund verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und
totaler Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und Justiz beantragt sind:

Zivilgerichtliches Verfahren vor dem Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Sozialgerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Ordnungswidrigkeitsverfahren vor dem Amtsgericht Mettmann / Landgericht Wuppertal wegen Unfähigkeit (ordnungswidrig?), monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf>

Freispruch auf Kosten der Staatskasse mit Urteil vom 17.07.2013.

Stundung der Abgaben an öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten wegen Unfähigkeit, monatliche Beiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Eine Legende zu unseren Aktivitäten wegen der verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschlussdiskriminierung ist in der Internet-Cloud zugänglich

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Wir sind sehr daran interessiert, die beschriebenen Vorgänge der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen und bitten um Rücksprache.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Albin Ockl

Tel: 02051-603840

Fax: 02051-603841

Mobil: 0171-6853504

Email: albin.ockl@euro-online.de

Am Buschkamp 10, 42549 Velbert